

Absender:

Die Fraktion P2 im Rat der Stadt

17-03678
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Zwangsvollstreckungen wegen nicht gezahlter GEZ-Gebühren

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.01.2017

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (zur Beantwortung)

31.01.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Am 01. Dezember 2016 berichtete regionalbraunschweig.de über Zwangsvollstreckungen wegen nicht gezahlter Rundfunkgebühren.

Die zuständige Stelle der Stadt Braunschweig bearbeitet diese Vollstreckungsaufträgen. Uns stellen sich folgende Fragen:

- Wie viele Vollstreckungsersuchen erhielt die Stadt Braunschweig in den vergangenen 2 Jahren vom Norddeutschen Rundfunk wegen nicht gezahlter Rundfunkbeiträge?
- In wie vielen Fällen wurde nach Zuweisung des Vollstreckungsersuchens an die Stadt sofort gepfändet und warum?
- Wie hoch sind die entstandenen Kosten der Vollstreckungsmassnahmen (GEZ) für die Stadt Braunschweig und wie viel davon trägt der Norddeutsche Rundfunk?

Anlagen:

keine